

Konferenz Kommunen in der alternden Gesellschaft, Empfehlungen des 7. Altenberichts der Bundesregierung

Am 04. April 2017 veranstaltete das BMFSFJ eine Konferenz zu den Inhalten des 7. Altenberichtes und den Empfehlungen der Bundesregierung. Die Teilnehmerzahl deutete auf ein immenses Interesse von Akteuren aus dem gesamten Bundesgebiet hin. Die Konferenz wurde von Staatssekretär Kleindieck eröffnet. Er unterstrich in der Eröffnungsrede, wie bedeutsam die Fokussierung im Bericht auf die wachsende soziale Ungleichheit im Alter ist, die zunehmend durch ungleiche lokale und regionale Bedingungen der Lebensverhältnisse beeinflusst wird. Man sei sich im Ministerium einig, dass es aus diesem Grund eine dauerhafte Unterstützung von Seiten des Bundes geben müsse (auch finanziell), die von einem Verständnis ausgehe, dass Daseinsvorsorge eine Gemeinschaftsaufgabe sei. Das BMFSFJ habe das Problem der Versäulung für die Entwicklung von Pflege- und Sorgestrukturen auf der Ebene der Verwaltungen, der Rechts- und Finanzierungsgrundlagen sowie der Zielgruppen erkannt. Man verfolge aus diesem Grund zunehmend generationenübergreifende Ansätze und sei bestrebt Prävention, Gesundheit, Wohnen und Pflege deutlich stärker als bisher zusammen zu denken. Das Modellprogramm "Gemeinschaftlich Wohnen- Selbst bestimmt leben" sei ein guter Ansatz in dieser Richtung. Die Aufbrechung der Versäulung erfordere aber auch eine stärkere interdisziplinäre Ausrichtung in der Verwaltung in den verschiedenen Berufsgruppen und im Besonderen eine stärkere Verzahnung der Verantwortungsebenen von Bund, Land und Kommunen.

Wichtige Impulse aus den anschließenden Vorträgen und Statements:

Bürger tragen zur Demokratie auf kommunaler Ebene bei, wenn es gelingt, sie für diese kommunalen Prozesse zu interessieren und zu motivieren. Um allen Bürgern- auch denen in prekären Lebenslagen- die Möglichkeit der praktizierten Mitverantwortung zu geben, muss eine Ermöglichungskultur gefördert werden, die wiederum Befähigung zur Mitgestaltung voraussetzt.

Seniorenpolitik als Daseinsvorsorge ist mancherorts nicht mehr leistbar. Ohne mehr materielle Ressourcen können keine weiteren Aufgaben mehr von vielen Kommunen übernommen werden. Die starke Heterogenität der Kommunen bedarf mit Blick auf Planungsprozesse dringend differenzierte und kleinräumige Kennzahlen.

Impressum:

Stand: Mai 2017

Hrsg: Fachstelle Altern und Pflege im Quartier im Land Brandenburg (FAPIQ)

Rudolf-Breitscheid-Str. 64 | 14482 Potsdam

www.fapiq-brandenburg.de | V.i. S.d.P.: Dr. Anja Ludwig, Antje Baselau

Es wird die Frage aufgeworfen, ob es noch zeitgemäß sei, Unterstützungsleistungen für ältere Menschen in den Kommunen nach Altersgruppe statt nach sozialer Lage zu verteilen. Problematisch sei es, dass zunehmend alte Menschen aufgrund geringer Rente aus den Stadtzentren verschwinden, was ebenfalls Zeichen einer infrastrukturellen Ungleichheit sei.

Pflege müsse nach Prinzip von Cure und Care neu geordnet werden. Cure Aufgaben sollten den professionellen/ beruflichen Pflegekräften vorbehalten bleiben, Care mit dem Begriff der Sorge übersetzt, sollte stärker in die Hände der Zivilgesellschaft gelegt werden. Dabei dürfe Zivilgesellschaft jedoch nicht als Allheilmittel betrachtet werden. Auch diese Ressource ist begrenzt und auch z. T. nur begrenzt belastbar. Zentral sei- v.a. mit Blick auf die weiter schrumpfenden klassischen familiären Unterstützungspotenziale- der richtige Mix aus verschiedenen Unterstützungsressourcen.

Die geplanten Modellkommunen (PSG III) werden im Rahmen der Veranstaltung eher als kritisch bewertet. Eine Evaluation im Jahr 2026, wie vorgesehen, würde die Entwicklung für viele Jahre lahm legen. Der Bericht zeige sehr deutlich auf, wo Kommunen ansetzen können und müssten, weshalb eine modellhafte Erprobung sehr fragwürdig sei.

Die von der Kommission und dem Ministerium vorgeschlagene gemeinsame Strategie und Verantwortungsübernahme für die Daseinsvorsorge wurde von den Vertretern des Städte- und Gemeindebundes wie auch des Landkreistages eher kritisch gesehen. Die Versorgung könne nur dort verantwortlich gestaltet werden wo sie stattfindet: in den Kommunen. Hierfür bräuchten die Kommunen jedoch ein Mehr an Steuerungsmacht und finanziellen Mitteln. Hervorgehoben wurde, dass viele Leistungen für ältere Menschen in den Kommunen materiell abgedeckt seien, nicht jedoch der Bereich der Sorge. Es sei deshalb ein besonderer Verdienst des Altenberichtes, dass er diese Sorgeaufgabe hervorhebt und unterstreicht, dass sie nicht Aufgabe der Kommune allein ist und sein kann.

Um die demografischen Herausforderungen bewältigen zu können, bräuchten die Kommunen und Kreise integrierte Stadtentwicklungspläne, verstärkte Kooperation zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten ebenso wie eine größere Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit. Unterstützung wünsche man sich von Seiten des Bundes vorwiegend beim Abbau rechtlicher Hürden z.B. bei der Gestaltung des ÖPNV. Hier seien Bundesvorgaben oft nicht kompatibel mit der Notwendigkeit zu kreativen Lösungen vor Ort. Gleiches gelte bspw. für die Breitbandausstattung oder im Bereich des barrierefreien Bauens.

Kritisch wurde auch angemerkt, dass die Inhalte des 7. Altenberichts sowie die Empfehlungen der Bundesregierung keine Kompatibilität mit den Inhalten des Pflegestärkungsgesetzes III aufwiesen. Während der Bericht die besondere Stellung der Kommunen bei der Steuerung von Pflege und Unterstützung in einem sehr weitgefassten Sinne verstehe, würden die Kommunen und Kreise im PSG III lediglich auf die Funktion von Leistungserbringern reduziert.

Hieran schlossen sich drei Fachforen an. Die wichtigsten Aussagen aus zwei Foren sollen nachfolgend skizziert werden:

Fachforum II Wohnen und Dienstleistungen

Es braucht ein Umdenken, von der Wohnungspolitik hin zur sozialraumorientierten Wohnpolitik. Der allzu oft kritischen Haltung gegenüber technischen Unterstützungssystemen stellten die Referenten gegenüber, dass Technik das Potenzial habe, Gemeinschaft zu stärken und zu befördern, weil sie Menschen verbindet und entlastet. Es wurde betont wie wichtig es sei, dass v.a. Wohlfahrtspflege ihr klassisches Denken aufbrechen müsse. Es bedürfe eines neuen, moderneren Unterstützungs- und Dienstleistungsverständnisses und Kreativität, die jedoch noch nicht bei allen Akteuren vorhanden sei. Noch immer dominiere das Denken in SGB-Strukturen.

Im Fazit wird festgehalten: Gute und kreative Lösungen brauchen Vernetzung und Kooperation. Hierzu muss jedoch geklärt werden, was ist notwendig für gute Kooperation und wie geht Kooperationsmanagement. Kooperation braucht Qualifizierung. Zudem wird festgehalten, die heutigen Förderprogramme zur Finanzierung altersgerechter und alternativer Wohnformen werden künftig nicht mehr ausreichen. Es braucht Hybrid-Modelle, in denen mehrere Finanzquellen verquickt werden. Die heutigen Förderprogramme würden sich außerdem nicht an Menschen mit geringen Einkommen und Bildungshintergrund orientieren.

Fachforum I Lokale Arrangements für Pflege und Versorgung:

Mit dem Begriff Quartier wird häufig lediglich der städtische Raum berücksichtigt. Dabei werden oft die ländlichen Gebiete vernachlässigt. Wenn man vom Sozialraum spricht, impliziert dies die Lebenswelt eines Menschen unabhängig vom ländlichen und städtischen Raum.

Aufgrund der Tatsache, dass sich nur 0,2% der Menschen ehrenamtlich im Bereich Pflege engagieren, aber mehr als 21% informelle Nachbarschaftshilfe leisten, sei ein Umdenken in Bezug auf das Ehrenamt erforderlich.

Es wird über ein Modellprojekt des Landkreises Germersheim berichtet, welches im Rahmen des Bundesprogramms „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ von 2012 bis 2014 gefördert wurde. Bei diesem Projekt geht es um die Schaffung nachhaltiger, selbst organisierter Strukturen auf Ortsgemeinde-Ebene, um im Alter im gewohnten Wohnumfeld leben zu können. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die ehrenamtlich aktiven Seniorenbeauftragten ein. Ihre Aufgabe besteht darin, als Mittler zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinde und der Verwaltung, sowie der Politik, zu fungieren. Sie sollen die örtlichen Bedarfe ermitteln, die Anliegen der älteren Bevölkerung weitertragen und umgekehrt Knotenpunkt sein, um bei Hilfebedarf an Fachberatungen weiterzuleiten.

Gemeinsam mit weiteren lokalen Akteuren sollen sie nach Möglichkeit auch Strukturen der Selbstorganisation und Selbsthilfe aufbauen.

Doch Projekte müssen an der Analyse dessen ansetzen, was die Kommune braucht und was bereits vorhanden ist. Die Kreisverwaltung kann hier als Initiator, Informationsgeber und Beratungsinstanz fungieren. Die Organisation von Runden Tischen bringt Menschen zusammen und gibt die Möglichkeit, gemeinsam Ideen zu entwickeln. Durch diese Form der Vernetzung finden sich auch häufig Investoren für die Umsetzung von Ideen.

Es wurden in den Foren noch weitere Projekte und Initiativen vorgestellt, die jedoch hier nicht näher erläutert werden können. Insgesamt war die Veranstaltung sehr informativ. Es bleibt offen, wie den Inhalten des Berichtes und den Empfehlungen nun durch politische Entscheidungen auf allen Ebenen Leben eingehaucht wird.